

1461/AB XX.GP

schriftliche Anfrage der  
Abgeordneten zum Nationalrat  
Karl Öllinger, Pollet-Kammerlander,  
Freundinnen und Freunde an den  
Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten  
betreffend den Friedensprozeß  
in El Salvador

Z1. 1563/J-NR/1996 v. 29.11.1996)

Die Abgeordneten zum Nationalrat Karl Öllinger,  
Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde, haben am 29. Nov.  
1996 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend den  
Friedensprozeß in El Salvador gerichtet, welche folgenden  
Wortlaut hat :

"1. Inwiefern werden Sie sich in den Gremien der UNO  
dafür einsetzen, daß seitens der UNO Druck gemacht wird für  
eine Umsetzung des Friedensabkommens und eine Verlängerung der  
UN-Friedensmission in El Salvador?"

2 . Im kommenden Frühjahr sind Wahlen in El Salvador.  
Werden Sie dafür eintreten, daß Österreich Wahlbeobachter  
entsendet?"

3 . El Salvador gehört zu den Schwerpunktregionen der  
Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Inwiefern werden  
Sie sich im Rahmen der bilateralen Kontakte mit El Salvador  
dafür einsetzen, daß es zu einer Umsetzung des  
Friedensabkommens kommt?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

1. Österreich hat am 17. 12. 1996, gemeinsam mit allen anderen Mitgliedstaaten der EU und den Ländern der Freundschaftsgruppe für El Salvador, eine UN-Resolution betreffend das UN-Verifikationsbüro in El Salvador eingebracht. Darin wurde, bei voller Anerkennung des Bekenntnisses von Regierung und Volk El Salvadors zur Konsolidierung des Friedensprozesses, beschlossen, den Vertreter des UN-Generalsekretärs mit dem Erlöschen des UN-Büros für Verifikation (UNOV) zum 31. 12. 1996 abzurufen, jedoch einen hochrangigen Abgesandten zu periodischen Besuchen nach El Salvador zu entsenden. Dieser "Representative of the Secretary General" wird bei seiner sechsmonatigen Aufgabe im Bereich der guten Dienste und der Verifikation von einer zwölf Personen umfassenden "support unit" an Ort und Stelle unterstützt werden. Die Aufgaben der Einheit liegen in der Überwachung und Beobachtung von Reformen im Bereich der öffentlichen Sicherheit, der Justizreform und der Bodenreform, Bereiche, in denen noch eindeutige Mängel bestehen.

Die Kernpunkte des Friedensabkommens wie Landverteilung an frühere Kombattanten und deren Reintegration, drastische Reduzierung der Streitkräfte sowie Auflösung paramilitärischer Sicherheitsstrukturen sind weitgehend realisiert.

2. Für März 1997 sind in El Salvador Parlaments- und Kommunalwahlen vorgesehen. Zu Präsidentschafts- und Volksvertretungswahlen in Guatemala und Nicaragua hat Österreich 1995 und 1996 jeweils im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU Wahlbeobachter entsandt, nachdem eine Einladung der betreffenden nationalen Regierungen und eine entsprechende Empfehlung der EU erfolgt war.

Der bevorstehende Wahlgang in El Salvador ist zwar weniger entscheidend als in den beiden anderen Zentral-amerikanischen Staaten, doch würde sich Österreich einer Anforderung von Wahlbeobachtern nicht verschließen, um seine

Unterstützung des Friedens- und Demokratisierungsprozesses zu bekunden .

3 . El Salvador ist Kooperationsland der österr.

Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in Zentralamerika. Einziges Schwerpunktland in dieser Region ist Nicaragua. Für El Salvador sind im Jahre 1997 11 Mio. öS für die Bereiche Energie, Entwicklungsprojekte, Frauenförderungsprogramme und Sozialprojekte vorgesehen. Größtes Einzelvorhaben ist der Bau einer Stromverteilung .

Im Auftrag der EU-Präsidentschaft haben die EU-Missionschefs in EL Salvador im August 1996 einen Lagebericht erstattet, aus dem die Würdigung der enormen Fortschritte bei Verwirklichung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ebenso hervorgeht wie die noch bestehenden Mängel im Justiz- und Polizeiwesen.

Am 22.10.1996 hat Frankreich über Ersuchen der EU-Präsidentschaft eine Demarche bei der Regierung von El Salvador unternommen, um auf eine Beschleunigung der Reform der Nationalen Polizei zu drängen. Im übrigen ermuntert Österreich, das in El Salvador durch seinen Botschafter in Guatemala mitvertreten wird, ebenso wie die anderen EU-Partner die Republik El Salvador, den Reformprozeß nach langen Jahren schwerster Prüfungen konsequent fortzuführen, und wird dies auch weiterhin tun.